

Wir in Reinickendorf

Keine Rotstiftpolitik im Erziehungsbereich – PISA-Studie ernst nehmen

PDS Reinickendorf. Ausgabe April 2002

PISA auch für die BVV?

»Tja, deutsche Sprache, schwere Sprache«, so der zynische und schadenfrohe Kommentar eines CDU-Verordneten im Zuhörer-raum während der letzten BVV-Sitzung am 13. März. Er bezog sich auf die vorausgegangene Beantwortung einer »Kleinen Anfrage« der Bezirksverordneten der PDS, Renate Herranen, durch die Bezirksbürgermeisterin.

Die schriftlich vorgelegte Anfrage im Wortlaut: »Sind die Zusagen der Bezirksbürgermeisterin hinsichtlich der Widmung der Flächen am Borsighafen, die sie den Beschäftigten des Borsigwerkes am 23.1.2002 gemacht hat, mit der Beschlussfassung in der BVV vom 13.2. zur Drucksache Nr. XVII/85 hinfällig?«. Frau Wanjura antwortete sinngemäß dahingehend, dass die Bezirksverordnete Herranen ja noch neu sei, man natürlich Nachsicht walten lassen müsse ... und jetzt kommt es messerscharf: ... aber Beschlussfassungen würden sich niemals erledigen.

Ja, da hätte es den meisten Menschen die Sprache verschlagen, sollte es wohl auch. Trotzdem fragte die PDS-Bezirksverordnete noch einmal nach und verwies darauf, dass ihre Frage sich eben nicht auf die Beschlussfassung bezog. Frau Wanjura antwortete noch einmal, fast gleichlautend. Bleibt die Frage, wen hat ihr Parteifreund mit seiner so unverhohlenen Schadenfreude eigentlich bedacht?

Jürgen Schimrock

Wir über uns

Diese Reinickendorfer Beilage zur Landeszeitung der PDS wird vom Bezirksverband finanziert. Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Kto-Nr.: 43 84 81 68 12.



Unser Kandidat für den Bundestag: Robert Scholz

Foto: Marion Lubina

Aktion

■ Am Samstag, den 20. April 2002, findet ab 14.00 Uhr im Roten Laden die monatliche offene Mitgliederversammlung statt. Zum Thema: »Wohin treibt die Welt?« wollen wir mit Sybille Neumann, Mitarbeiterin beim PDS Parteivorstand im Bereich internationale Verbindungen und internationale Politik, die aktuellen Fragen zur Friedenspolitik der PDS diskutieren.

■ Am Donnerstag, den 25. April 2002, lädt der bildungspolitische Arbeitskreis des Bezirksvorstandes, AK »Paul Levi«, in den Roten Laden ein. Katja Haese wird zum Thema: »Der Jugendwahlkampf der PDS« referieren.

Es darf gewählt werden

Reinickendorfer PDS nominiert ihren Direktkandidaten zum Bundestag

Die PDS hat in Reinickendorf eine beachtliche Entwicklung genommen. Zuletzt gaben ihr fünf Prozent der Wählerinnen und Wähler die Stimme. Nun stehen erneut Wahlen und dazu noch ganz entscheidende an. Am 22. September 2002 könnte es eng werden für Gerhard Schröder. Zu sehr hat seine Regierung aus SPD und Grünen die Hoffnungen ihrer Wähler/innen enttäuscht.

Die PDS tritt mit zwei – auch für die Wessis – entscheidenden Themen an: als Partei des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Die Regierung Schröder hat dazu beigetragen, dass Gewalt wieder Mittel der Politik ist und die Interessen der »kleinen Leute« missachtet werden. Da braucht es bei der PDS Kandidatinnen und Kandidaten, die Standfestigkeit auch bei veröffentlichtem Gegenwind signalisieren.

Robert Scholz, Mitglied des Landesvorstandes, zeigt durch seinen Lebensweg, dass er diese Erwartung erfüllen kann. 1950 in

Bremen geboren, seit 1970 in West-Berlin wohnhaft (davon fast zwanzig Jahre in Reinickendorf) verweigerte er den Kriegsdienst. Ihm will auch heute nicht in den Kopf, dass Frieden mit kriegerischen Mitteln hergestellt werden muss. Er sieht darin ein nicht entschuldbares Versagen von Politik.

Ihm ist klar, dass Frieden, lokal und global, mehr Aufmerksamkeit für soziale Ungerechtigkeiten verlangt. Ein so reiches Land wie die Bundesrepublik darf auch im eigenen, wohlverstandenen Interesse nicht Anhängsel unilateraler US-Politik sein. Nicht alles, aber vieles kann mit Geld geregelt werden. Damit sind wir beim anderen Thema des ehemaligen Finanzstadtrates: eine Steuerpolitik, die endlich die Reichen an den Kosten einer gewaltfreien und sozial gerechten Politik angemessen beteiligt.

Dies ist zudem ein Thema, das auch für Berlin von großer Bedeutung ist. Nachdem die beiden

Volksparteien CDU und SPD die Hauptstadt in die Pleite regiert haben, wird die Beseitigung der Unsinnigkeiten bundesdeutscher Finanzpolitik für die Lebensqualität dieser Stadt zum entscheidenden Problem. Großstädte in der Bundesrepublik leiden immer mehr unter der Schiefelage einer Steuerpolitik, die die öffentlichen Hände in Armut versinken lässt.

Robert Scholz will deshalb für eine stärkere Belastung der hohen Einkommen streiten, will die finanziellen Spielräume der Politik vor Ort erweitern. Demokratie wird für ihn nur dann erlebbar, wenn die Menschen für ihre lokalen Probleme selbst nach Lösungen suchen können. Politik muss für die Menschen wieder überschaubar werden. Alles andere ist der Schwanengesang der bundesdeutschen Demokratie.

Impressum

Herausgegeben vom PDS-Bezirksvorstand Reinickendorf. V.i.S.d.P.: Robert Scholz.

Zur Arbeit gezwungen

Zwischen 25.000 und 30.000 Menschen waren zwischen 1938 und 1945 in Reinickendorf als ZwangsarbeiterInnen beschäftigt. Diese Zahlen nannten die beiden Historiker Henning Müller und Horst Helas in der Veranstaltung »Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeiter in Reinickendorf«, die am 6. März 2002 im Rahmen der Woche der Brüderlichkeit in den Räumen des Landesarchivs Berlin am Eichborndamm stattfand.

Die beiden Vortragenden berichteten, dass ZwangsarbeiterInnen nicht nur in privaten –, überwiegend Rüstungsbetrieben, sondern auch in städtischen und bezirklichen Einrichtungen zur Arbeit eingesetzt wurden. Die Arbeitsbedingungen waren immer repressiv. Kleinste Fehler oder Vergehen konnten sogar das Leben kosten. Diese Verbrechen, die in unserem Land passieren konnten, legen uns, den Nachgeborenen, die Verantwortung auf, dass so etwas in unserem Land nie wieder geschieht.

Michael Rohr

Jetzt wird's theoretisch

Rechtzeitig zum 72. Todestag von Paul Levi (gestorben am 9. Februar in Berlin) haben wir (M. Rohr, J. Schimrock, R. Scholz und Dr. G. Wagner) am 7. Februar 2002 einen Arbeitskreis zu Fragen der programmatischen Debatte und politischen Bildung in der PDS Reinickendorf mit der Kurzbezeichnung AK »Paul Levi« gegründet.

Paul Levi war ein politischer und privater Begleiter von Rosa Luxemburg, Mitbegründer der KPD und linker Sozialdemokrat.

Erste Ideen ergaben u. a. die folgenden Zielsetzungen:

- Veranstaltungen zu Gedenktagen und zur Programmdebatte vorbereiten;
- die Bundestags-Wahlprogramme vergleichen und diskutieren;
- das politische Bewusstsein der jungen Generation, speziell der Erstwähler, entwickeln und fördern;
- sozialistische Klassiker und Autoren (auch »dissidente«) neu lesen und diskutieren.

Interesse? ... Dann los ... der AK ist offen und wir freuen uns auf mehr Teilnehmer. Wir treffen uns derzeit 14-tägig donnerstags um 17.00 Uhr im Roten Laden.

Jürgen Schimrock



Kritische Fragen im Roten Laden, S. Liebich und K. Rathmann am 23. März

Foto: Marion Lubina

Der neue Senat und die Kitas

Die Glaubwürdigkeit muss bezweifelt werden

Der Personalschlüssel der Horte in den Kitas (1:16) soll dem der Hortbereiche an den Ganztags-Grundschulen (1:21) angepasst werden. Geplant sind Einsparungen in den städtischen Horten von 400, bei freien Trägern von ca. 185 Stellen bzw. 12,3 Mio. Euro.

Die Personalaus schläge für Leitungstätigkeiten sind neu zu bestimmen. Wie, ist noch unklar. Nach der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS soll der Stellenanteil von derzeit 0,01 pro Kind noch unterschritten werden. Insgesamt sollen in den öffentlichen Kitas 356, bei den freien Trägern ca. 153 Stellen bzw. 12,3 Mio. Euro eingespart werden. Zusammengefasst sind es 756 in den städtischen Kitas, bei den freien Trägern ca. 400 zu streichende Stellen! Im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder würden demzufolge insgesamt 1.156 Stellen wegfallen.

Im Bildungsbereich soll nicht gekürzt werden?

Bei den freien Trägern werden die Einsparungen voraussichtlich zu Kündigungen führen, die Existenz von kleineren Einrichtungen wie Schülerläden und die Qualität der pädagogischen Arbeit würde gefährdet. Betroffen ist nicht nur der Hort-, sondern alle Bereiche der Kitas. Die drastische Kürzung der Stellenanteile für Leitungstätigkeit ginge zu Lasten der gesamten Einrichtung. Die Leitungsaufgaben werden nicht weniger. Die Leiterinnen haben nach wie vor dieselbe Arbeit zu bewältigen. Die geringere Personalausstattung der Kitas

wird noch größere Kindergruppen zur Folge haben.

Wie ein schlechter Witz liest es sich in der Koalitionsvereinbarung: »Der Senat wird die Kitas als Bildungs- und Erziehungseinrichtung weiterentwickeln und die begonnene Qualitätsoffensive fortführen«. Qualitätsentwicklungsprozesse sind zeit- und arbeitsintensiv, auch für die Leitungskräfte. Die Kita als Bildungseinrichtung wird so nicht gefördert oder gestärkt. In der PISA-Studie wird gefordert, mehr in frühkindliche Bildung und Erziehung zu investieren.

Die Sprachförderung von Kindern nichtdeutscher Herkunft soll ein bildungspolitischer Schwerpunkt werden. Zweisprachige Angebote sollen erhalten und ausgebaut, Aus- und Fortbildungen für Erzieherinnen angeboten und mehrsprachiges Erzieherpersonal eingestellt und verbindliche Materialien allen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Ich begrüße die verstärkte Sprachförderung von Kindern nichtdeutscher und deutscher Herkunft. Wie sollen diese Maßnahmen finanziert werden? Zum Nulltarif gibt es das alles nicht, weder Fortbildungen noch Personal. Ich habe Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieses Vorhabens, wenn gleichzeitig in Berliner Kitas ca. 1.250 Erzieherstellen eingespart werden sollen. Die Einstellung von mehrsprachigen Erzieherinnen wäre ebenfalls zu begrüßen, wenn der erforderliche Einstellungskorridor geschaffen würde.

Renate Herranen

Am Rande:

MVA = Mafia?

Quizfragen zu stellen ist derzeit Mode. Und Kabarettisten geht derzeit zum Thema Müll die Verbindung zum Geld leicht von den Lippen. Was ist da passiert?

Der wohlbekannte Kölner Klügel soll es gewesen sein, der Gelder illegal in sozialdemokratische Parteikassen spülte. Da mögen schon eingefahrene Strukturen vorhanden gewesen sein. Doch Bemerkungen im Umfeld des Skandals führen unsere Spekulationen auch in eine andere Richtung. Da wird gesagt, die großen Firmen des Anlagenbaus hätten diese letzte Gelegenheit zu einer Großinvestition in die Technologie der Müllverbrennungsanlagen (kurz: MVA) unbedingt nutzen wollen. Da wäre jedes Mittel Recht gewesen und dies angeblich nicht nur in Köln. Die schmierigen Spuren führen auch nach Mannheim. Die Staatsanwaltschaften befassen sich derzeit mit allen Großen der Branche: ABB, Babcock-Borsig, Hochtief usw.

Ganz offensichtlich sehen die prominenten Betriebe ohne gewisse finanzielle Anreize für örtliche politische Entscheidungsträger wenig Chancen diese Technologie noch profitabel zu verwerten. Müllverbrennungsanlagen sind Dinosaurier der technologischen Entwicklung. Die Menschen vor Ort wehren sich gegen eine MVA in ihrer Nähe, denn sie stehen im Verdacht Dreckschleudern zu sein, die die Luft mit gesundheitsgefährdenden Stoffen verpesten.

Und nun erreicht uns die Nachricht, dass auf dem Gelände des Bombardier-Werkes in Hennigsdorf, weniger als einen halben Kilometer Luftlinie vom Reinickendorfer Ortsteil Heiligensee entfernt, eine – na was wohl? – Müllverbrennungsanlage gebaut werden soll. Wieder einmal soll der Osten für einträgliche Geschäfte herhalten, die im Westen nicht mehr zu machen sind. Lassen wir das mit uns machen?

Robert Scholz

Roter Laden

Post an: »Roter Laden«, Schloßstraße 22, 13507 Berlin-Tegel. Sie erreichen uns montags bis freitags immer von 15.00 bis 18.00 Uhr. Telefon 43 73 26 30 oder Fax 43 73 26 32 oder per E-mail pds.reinickendorf@t-online.de

Und im Internet: www.pds-reinickendorf.de